

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschlands: Nachrichten Dresden.
Bundespost-Sammelnummer: 25 241
Satz für Nachdruckpreis: 20 011.

Lobeck's Dresdner
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schreinerei und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Glogau & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflageung, nach die Post bei täglich zweimaligem Bericht monatlich 7,75 M., vierfachjährlich 23,25 M. | Anzeigen-Preise. Die Illust. 37 mm erste Seite 3 M., bis Familienzeitungen, Blätter und Stellen- u. Wohnungsmärkte, Illust. 1 M. u. Berichte 25%. Bezugspreise laut Tert. Blatt. Ausgabe. Auflage gro. Vorlesungszeitung. — Gesamtnummer 40 000. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ erlaubt. — Unsere Angaben schriftlich werden nicht aufbewahrt.

Konditorei und Café Uhlich
Strehlener Straße 3 (2 Min. vom Hauptbahnhof)

Täglich: Unterhaltungsmusik
Verzögerliches Gebäck — Eis und Eistränke — Bier, Wein, Likör

Kauft Bücher,
sie sind auch heute noch
das beste und billigste Geschenk!

„Kallista“ — Kaspertheater-Figuren
„Steffs“ — Schlöpfnies-Puppen
unverwüstlich und von hervorragender Schönheit

B. A. Müller, Spielwaren, Prager Straße 32

Vor der neuen Londoner Reise Briands.

Umsatz Lloyd Georges in der Moralatoriumsfrage?

Paris, 10. Dez. Minister Louchéur, der gestern abend von seiner Reise nach London zurückgekehrt ist, hat dem Ministerpräsidenten die Einladung zu einer Aussprache mit Lloyd überbracht, der auch Louchéur bewohnen soll.

Nach dem „Matin“ soll Lloyd George etwa gefragt haben, er verstehe vollkommen die Lage Frankreichs und bitte Louchéur, die öffentliche Meinung Frankreichs vollkommen zu beruhigen. Er habe für Deutschland kein Moratorium abgeschlossen und wolle auch keins abschließen. Die Engländer seien mit den Franzosen über die Tatsache einig, daß die Deutschen sehr wenig getan hätten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Sie müssten an diese erinnert werden. Aber in der Welt herrsche eine Lage, die befürchtet werden müsse. Bessere Methoden müssten gefunden werden. Lloyd George fügte hinzu: Wenn in der ungelegenheit der Reparation gewisse Opfer gebracht werden müssen, um ein allgemeines Einverständnis zu erzielen, wird England sich dem nicht entziehen.

Nach dem „Journal“ soll Lloyd George erklärt haben, es habe nie in der Absicht der englischen Regierung gelegen, Deutschland bedingungslos irgendeinen Zahlungsaufschub zu gewähren. Der Premierminister habe das formelle Recht Frankreichs auf volle Reparation auferlegt, habe aber die wirtschaftliche Ordnung der Welt angeführt, die Katastrophen nach sich ziehen könne. Die Welt könne nicht mehr von einem Tage auf den anderen leben und dürfe nicht mehr von nichterfüllten Zahlungsterminen abhängen.

Ein großer Plan Lloyd Georges“.

London, 10. Dez. „Daily Mail“ schreibt: Die Gespräche zwischen Lloyd George und Briand würden sich nicht auf die Reparationen und den Vorschlag eines Moratoriums für Deutschland beschränken, sondern alle Punkte umfassen, in denen die französische und die britische Politik zusammenrängen. — „Daily Chronicle“ berichtet: Lloyd George habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Reparationen nicht besonders verhandelt werden könnten, sondern daß die Reparationsfrage nur einen Teil der schweren und wichtigen Frage der Wiederaufstellung der wirtschaftlichen Stabilisierung Europas bilde. Lloyd George habe einen großen Plan vor Schaffung normaler wirtschaftlicher Beziehungen in Europa, den er mit Briand erläutern werde. Demselben Blatte zufolge wird in französischen Kreisen erklärt, Briand sei durch viele dringende Bedürfnisse in Anspruch genommen. Es sei nicht sicher, ob er die Einladung annehmen könne. (W. T. B.)

Optimismus in London.

London, 10. Dez. Der „Morning Post“ aufsicht berichtet in diesen amtlichen Kreisen Optimismus über das Ergebnis der Beratungen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Nach dem „Daily Telegraph“ wurde bei den Beratungen mit Louchéur die Frage eines Moratoriums für Deutschland kurz gestreift. Die Beratenden hätten in Betracht ziehen müssen, ob und in welchem Maße Deutschland seinen bevorstehenden Verpflichtungen nachzukommen in der Lage sei. Desgleichen hätten sie über die Wirtschaften gesprochen, die Frankreich verlangen würde, falls Deutschland ein Zahlungsaufschub gewährt werde.

Louchéurs Zufriedenheit.

London, 10. Dez. In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Times“ hat Louchéur die ausgezeichnete Atmosphäre hervor, in der seine Beratungen mit Lloyd George geführt wurden. Louchéur erklärte, die Frage eines Moratoriums für Deutschland sei nicht erörtert worden. (?) Der „Times“ wurde gestern von amtlicher Seite mitgeteilt, Louchéur habe die Konferenz auf die Frage des Wiesbadener Abkommens beschränkt wollen. Lloyd George habe jedoch darauf bestanden, daß es zu einer Erörterung der Finanzlage Europas und der Welt kommt. Briand sei gebeten worden, vom 16. bis 19. d. W. der Graf Lloyd Georges in Chequers zu sein. (W. T. B.)

Paris, 10. Dez. Eine Rapo-Meldung aus London bestätigt die amtliche Londoner Nachricht über die Unterredung Louchéurs mit Lloyd George. Lloyd George habe Louchéur gebeten, sich Briand anzuschließen, sobald dieser nach England komme. (W. T. B.)

Amerika gegen den Schuldenersatz an die Alliierten.

(Gärtner Drägerbericht der „Dresden. Nachrichten“). Rotterdam, 10. Dez. „Times“ meldet aus New York: Der Senatsausschuss hat einstimmig einem Antrag des Senators Borah zugestimmt, der sich gegen einen Vertrag Amerikas auf die Gesamtheit oder einen Teil der Kriegsverschärfungen an die europäischen Staaten ausspielt. Auch im Repräsentantenhaus ist ein Antrag ähnlicher Tendenz eingegangen.

Die katastrophale Lage der deutschen Presse.

Die deutsche Presse wird plötzlich vor die befürchtete, mit allen möglichen Mitteln bisher verhinderte Katastrophe gestellt. — Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hunderttausendfache gestiegenen Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Abonnenten übertragen können. Nur war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 Mark kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37 000 Mark geschlagen war. Plötzlich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die allgemeinen sprunghaften Versteigerungen und die enormen Erhöhungen der Pausche. So machen plötzlich die gesamten Produktionslasten in Niedersachsen anstehen, zu denen auch eine Verdopplung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stünde.

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungswesen antrete zu erhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Kaufverbänden die schlimmsten Befürchtungen. Sie treiben aber offenbar in eine Krise hinein, in der die Aufrechterhaltung der Presse mehr als je auch die Aufrechterhaltung der Hoffnung, der Zukunft des Staates bedeuten wird. Nur Kurzfristigkeit und Unzulänglichkeit kann das verkennen. Anhänger der Reparationsvereinbarung fordern andererseits Mittel, das muß vorhanden und genutzt werden in dem Augenblick, wo es nun tatsächlich geht um Stein oder Nichtstein der deutschen Presse.

Wir erwarten daher zuversichtlich, daß die unabdingnotwendigen außergewöhnlichen Erhöhungen der Bezugs- und Abzugspreise nicht anstrengt deshalb getragen werden, weil aus so die wirtschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Presse und ihre Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen zu erhalten ist. Wir wollen, solange es irgend möglich ist, die deutschen Zeitungen vor dem Ersticken retten. Und wenn es leider bei der stürmischen Entwicklung zum Schlimmen nicht gelingen wird, manche alteingesetzte und wertvolle Organe der öffentlichen Meinung vor dem Zusammenbruch zu retten, so darf uns doch Pessimismus nicht dahin bringen, daß wir widerstandlos den Dingen ihren Lauf lassen. Die Presse, die — jede Zeitung in ihrer Richtung — mehr als je kämpft für das Wohl der Volksgesamtheit in diesen Zeiten, bedarf auch in erhöhter Weise der Einsicht ihrer Leiter.

Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allenhalben erkannt werden, solange es noch Zeit ist!

Der Vorstand
des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger
(Herausgeber der deutschen Tageszeitungen)
E. B.

Vertrauliche Kabinettssitzung über die Reparation.

(Gärtner Drägerbericht der „Dresden. Nachrichten“). Berlin, 10. Dez. Das Reichskabinett, das am Donnerstag nachmittag über die Reparationen in Anwesenheit des deutschen Botschafters Mayer aus Paris beraten hatte, setzte gestern seine Beratungen fort. Die Aussprache war vertraulich. Der Reichskanzler wird über das Resultat der Verhandlungen den Parlamentariern am Montag Mitteilung machen. Für die geistige Sitzung lagen Berichte Rathenaus aus London vor, die die Auszeichnung des Reichsbankpräsidenten und dreier Vertreter der Großbanken notwendig gemacht hatten. Rathenaus' Berhandlungen in London selbst sind noch in der Schwebe.

Neue Schlanken Nollet.

Wie eine Berliner Korrespondenz wissen will, hat der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission Nollet dagegen Einpruch erhoben, daß nach Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen des Londoner Ultimatums Majoré in den Städten von Romagne, Batterie- und Schwadronenfeld verwandt werden. Er hat im Aufschluß hieran gefordert, daß in diesen Städten in Zukunft nur Hauptorte oder Mittelpunkte zu verwenden sind, für die diese Städte ursprünglich bestimmt waren. General Nollet erachtet in der Verwendung von Stabsoffizieren in Hauptmannsstäben nur eine verschleierte Mobilisierungsmannnahme.

Die Deutschen Werke in der italienischen Kammer

Rom, 10. Dez. Aba. Baglioni richtete eine Anfrage an die Regierung, welchen Anteil die italienischen Vertreter bei der Erzeugung der Deutschen Werke durch die Interalliierte Kontrollkommission hätten.

Aufhebung der Reichsnährungszulüsse?
(Gärtner Drägerbericht der „Dresden. Nachrichten“). München, 10. Dez. Wie die „Bayerische Donauzeitung“ erählt, steht auf der Tagessordnung der neuen Konferenz der Ernährungsminister des Reiches am 15. Dezember u. a. auch die Aufhebung der Reichszulüsse zur Trostversorgung.

Der Dollar als politisches Barometer.

Wenn der Wechselkurs des Dollars wirklich ein Gradmesser auch des Standes der politischen Ereignisse ist, wie man es bisweilen in der letzten Zeit beobachten zu können meinte, dann müssen die Dinge in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche eine für Deutschland günstige Entwicklung genommen haben. Denn während der Dollar bis zur Wochennacht sich auf einer Durchschnittshöhe von 230 bewegte, erlebte er am Donnerstag und Freitag einen auffälligen Sturz, bis auf etwa 180. Man geht nicht fehl, wenn man die Ursache hierfür im Gange der Londoner Kredit- und Moratoriumsverhandlungen sieht. Schien es im Anfang der Woche so, als ob die Neigung Englands, uns einen Schuldentausch zu gewähren, unter dem Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs im Schwund begriffen sei, so trat hierin eine unverkennbare Wandlung ein, als Louchéur am Donnerstag die Verhandlungen mit den Spitzen der englischen Wirtschaft und mit führenden englischen Politikern aufnahm. Der Eindruck der ganz von französischem Geiste getragenen Ausführungen des englischen Staatsanzessers, der wie ehrlich, scharfe Bedingungen für etwaige Reparationszugeschäfte an Deutschland gestellt hatte, verwischte sich unter der Hölle der kostspieligen Vermutungen, die während der kurzen Anwesenheit des französischen Außenministers den Gang der Verhandlungen in der englischen Presse begleitete. Zuweilen die Beipräventionen von Borth mit Horne, Lloyd George, Bradburn, Blaett und nicht zuletzt mit Rathenau, seinem Partner von Wiesbaden, die Situation wirklich einen Schritt vorwärts getrieben haben, darüber verlautete bisher weder etwas Offizielles, noch etwas einwandfrei Glaubhaftes. Wie in den Tagen, als Stennes seine immer noch ins Dunkel der Verdecktheit gehüllten Londoner Verhandlungen pflegte, so schwirrten auch diesmal über die Reie des französischen Ministerzahls zahlreiche Gerüchte durch die Presse, ohne daß es möglich gewesen wäre, in ihnen klar zwischen Wahrheit und Fiktion zu scheiden. Französische Blätter suchten die London-Nice-Louchéur als ein Ergebnis von Verhandlungen mit Briand und Millerand darzustellen, wobei beide zu der Überzeugung gelangten, daß eine endgültige Klärung der Finanz- und Wirtschaftsfragen und eine Lösung des orientalischen Problems notwendig sei. Die Vermutung, daß Louchéur in Sachen des Angora-Abkommens eine vermittelnde Rolle spielen sollte, erwies sich von Anfang an als eine hofflose Kombination, da der französische Wiederaufbau- minister mit dieser Frage nie etwas zu schaffen hatte und Briand sicherlich nicht willens ist, seine wichtigsten Agenten im Spiel mit England einem anderen anzuvertrauen.

Dagegen dürfte sich eine andere Annahme, Louchéur wolle und soll in Erfahrung bringen, was Stennes und Rathenau in London getrieben hätten, welcher Art die etwa getroffenen deutsch-englischen Abmachungen seien, durch die Nachrichten über die in den letzten Tagen erfolgten Zusammenkünfte wohl bestätigen. Der Minister selbst soll bei seiner Abreise von Paris einem Vertreter des „Echo de Paris“ erklärt haben, er werde mit den englischen Nachministern die Frage des Wiesbadener Abkommens besprechen und verüben, vornehmlich in dieser Angelegenheit mit England zu einer Einigung zu gelangen. Diese Angabe dürfte denn auch mit den Tatsachen am ehesten übereinstimmen. Wie eine weniger beachtete Meldung des „Matin“ mitteilt, hätte in England, und zwar in Londoner politischen, der Regierung nahestehenden Kreisen, die Auffassung, daß man mit Deutschland nach dem Vorbild Frankreichs ein Abkommen schließen müsse, durch welches die Reparationszahlungen in Sachleidungen umgewandelt würden. Auch Belgien und Italien müßten für diesen Gedanken interessiert werden. Hat diese Darstellung der Stimmung in Londoner politischen Kreisen ihre Richtigkeit, dann könnte in ihr nur der erfolgreiche Einfluß und die fruchtbare Tätigkeit Louchéurs erkannt werden, der vereint mit dem deutschen Wiederaufbau- minister die Nüden von Wiesbaden weitergezogen hat. Der englische Widerstand gegen das Wiesbadener Abkommen wäre damit gebrochen, die Wiederaufbaupolitik Louchéurs hätte einen bedeutenden Erfolg erzielt und Deutschland würde in Zukunft mit einer wertvollen Umwandlung der Zahlungen in Lieferungen zu rechnen haben, wertvoll mindestens in den Augen der Finanzwelt, deren im Zusammenhang mit den Londoner Verhandlungen wachsende Vertrauen sich im oben erwähnten Stand des Dollars anspricht. Daß wirklich die Zahlungsanlagenbestandteile diesmal den Aufschlag für den Kurs des deutschen und der amerikanischen Währung gegeben haben muß, und nicht wie unlängst die Aussichten auf ein Moratorium, geht schon daraus hervor, daß die Verhandlungen über einen solchen Zahlungsaufschub allem Anschein nach in den letzten Tagen nicht wesentlich vorwärts gekommen sind. Man behauptet zwar wieder einmal, daß Moratorium habe die Billigung des englischen Kabinetts gefunden, aber über die längst festgestellte Überzeugung, Deutschland müßte eine Atempause erhalten, gehen die Angaben der eng-